

Lehrer geben Schulpolitik schlechte Note

Lehrer haben es schwer - so ist es oft zu hören: Zeitdruck beim Lernstoff, renitente Kinder, anmaßende Eltern. Umso überraschender das Ergebnis einer neuen Umfrage: Fast alle Lehrer gehen gern zur Arbeit. Der Schulpolitik in NRW gaben die Befragten allerdings schlechte Noten.

Insgesamt genau 1.001 Lehrer an allgemeinbildenden Schulen wurden vom Meinungsforschungsinstitut Forsa bundesweit per Telefon befragt. Das Ergebnis: Die große Mehrheit (91 Prozent) gab an, "gern" oder sogar "sehr gern" zur Arbeit zu gehen. Vor allem Gymnasial- und Gesamtschullehrer äußerten ihre Zufriedenheit. Schlechte Noten gab es dagegen für die Schulpolitik: Lehrer in NRW bewerten die Leistungen der Schulpolitiker der Umfrage zufolge mit einer 4,2 - also "ausreichend minus". Bundesweit fällt die Note mit durchschnittlich 4,0 kaum besser aus. In Auftrag gegeben hat die Studie zur "Berufszufriedenheit" bei Lehrern der Verband Bildung und Erziehung. Das Ergebnis wurde am Montag (29.02.2016) in Düsseldorf vorgestellt.

Bei der Frage, warum sie sich für den Lehrerberuf entschieden hätten, gab die überwiegende Mehrheit (86 Prozent) an, dass ihnen die Aufgabe zusagen würde. Spaß an der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Freude an der Vermittlung von Wissen war bei den meisten das Motiv, 22 Prozent gaben an, sie seien aus Interesse an den Fächern Lehrer geworden. Als weitere positive Kriterien wurden die "*große Eigenverantwortung*" genannt und dass der Beruf sehr abwechslungsreich sei.

Reiz durch gutes Einkommen und Beamtenstatus

Immerhin ein Viertel der Befragten gab an, sich auch wegen der "*positiven Rahmenbedingungen*" für den Lehrerberuf entschieden zu haben: Sicherheit, ein gutes Einkommen, gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, attraktive Ferienzeiten, die Möglichkeit der flexiblen Zeiteinteilung und natürlich der Reiz eines Beamtenstatus. Nur fünf Prozent räumten ein, dass sie aus Zufall oder als berufliche "Notlösung" Lehrer geworden seien.

Paradox: Während 98 Prozent angaben, dass es ihnen "*Freude bereitet, jungen Menschen Wissen zu vermitteln*", sahen weniger als die Hälfte (44 Prozent) darin auch eine wichtige Zukunftsaufgabe. Zwar bejahte die große Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer die Frage, ob sich ihre anfänglichen positiven Erwartungen an den Job bestätigt hätten- dennoch würde fast ein Drittel einem jungen Menschen heutzutage von dem Beruf abraten. Als Gründe wurden hohen Anforderungen und Belastungen, ein hohes Arbeitspensum, Stress und Überforderung genannt. Nur ein kleiner Teil dieser Skeptiker (17 Prozent) findet dagegen, dass Kinder und Jugendliche immer schwieriger werden und dass auch die Arbeit mit den Eltern immer schwieriger werde, weil ihnen zu viel Mitspracherecht eingeräumt wird.

- [Diskutieren Sie mit: Haben's Lehrer doch nicht schwer? | mehr](#)
- [Quarks & Co: Der Lehrer - das unbekannte Wesen | mehr](#)
- [Fachwissen allein macht keinen guten Lehrer | mehr](#)

Schlechte Noten für die Schulpolitik

Zum Schluss der Befragung kommt dann aber doch noch der große, gemeinsame Aufreger: Aufgefordert, Noten für die Schulpolitik ihres Landes zu vergeben, watschten die Lehrer vor allem in NRW richtig ab. Gerade mal eine 4,2 bekam Schulministerin Sylvia Löhrmann mit ihrem Ministerium, fast 30 Prozent der Befragten gaben ihr sogar eine Fünf, und für immerhin acht Prozent der Lehrer fällt die grüne Ministerin mit einer Sechs ganz durch. Als Grund ihrer Kritik gaben die allermeisten an, dass die Politik bei ihren Entscheidungen zu schulischen Themen den Schulalltag nicht ausreichend beachte. Mehr als die Hälfte beklagten sich darüber, dass die Zeit, die sie außerhalb der Schule zur Vorbereitung brauchen, nicht als Arbeitszeit berechnet wird.

- [Ergebnisse der Studie | Gewerkschaft Verband Bildung und Erziehung](#)

Mit der schlechten Note hätten die Lehrer *"deutlich gemacht, dass die Landespolitik sie im Stich lässt"*, sagt Regine Schwarzhoff, Vorsitzende des Elternvereins NRW. Den Lehrern würden ständig neue Herausforderungen entgegengestellt - beispielsweise bei Themen wie Inklusion, Integration von Flüchtlingskindern oder Überlastung durch zu wenig Personal vor allem an Gymnasien. *"Wenn Lehrer schlechte Noten vergeben, müssen sie für jedes betroffene Kind einen individuellen Förderplan erstellen"*, beschreibt Schwarzhoff weiter - solche und andere Maßnahmen würden die Arbeit der Lehrer dramatisch belasten.

CDU und FDP: Schlechte Note war zu erwarten

Von der Opposition im Landtag kommt die Reaktion auf die Vierminus für Schulministerin Löhrmann (SPD) prompt: Löhrmann dürfe *"nicht weiter die Augen vor den realen Problemen verschließen"*, sagt die schulpolitische Sprecherin der CDU im Landtag, Petra Vogt. Sie müsse *"den Lehrkräften bei der Bewältigung ihrer Aufgaben endlich unter die Arme greifen"*. Unterrichtsausfall, Umbau der Schullandschaft, Umsetzung der Inklusion oder die Unterrichtung von Flüchtlingskindern seien nur einige der drängenden Herausforderungen, auf die Rot-Grün bisher keine Antwort gefunden habe.

"Rot-Grün darf nicht immer mehr Aufgaben ohne entsprechende Unterstützung in die Schulen verlagern, sonst werden unsere Lehrkräfte überfordert", sagt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Yvonne Gebauer. Statt die Inklusion *"mit Qualitätsstandards und mehr multiprofessioneller Unterstützung in nachhaltige Bahnen zu lenken"*, verweise Rot-Grün auf *"qualitativ nichtssagende Inklusionsquoten"*. Statt Unterrichtsausfall zu bekämpfen, würden Steuergelder für fragwürdige Gutachten ausgegeben.

Schulministerin lobt sich für Bildungskonferenz

Das Schulministerium selbst hat zu der schlechten Note der Lehrer eine andere Lesart: Das Ergebnis mache deutlich, *"wie wichtig der von Schulministerin Sylvia Löhrmann eingeschlagene Weg des Dialogs auf Augenhöhe"* sei. Löhrmann verweist auf die von ihr 2010 einberufene Bildungskonferenz, in der Lehrerverbände, Institutionen und Parteien zusammen sitzen. *"Die Bildungskonferenz ist der Ort, um die Themen zu bearbeiten, die den Beteiligten wichtig sind."* Lehrerverbände, Eltern- und Schülervereine hätten hier die Chance, *"mit den Fachleuten aus Schulverwaltung und Politik zu debattieren und gemeinsam mit ihnen Lösungsvorschläge zu erarbeiten"*.

Stand: 29.02.2016, 15:45